Verordnung über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer

vom 25. November 1996¹

Der Grosse Rat des Kantons Appenzell I. Rh.,
gestützt auf Art. 25 Abs. 3 sowie Art. 1 der Schlussbestimmungen des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 (ANAG) und den dazugehörigen Verordnungen sowie Art. 27 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 24. Wintermonat 1872,²

beschliesst:

I. Organisation und Zuständigkeit

Art. 1

¹Die Aufsicht über den Vollzug der Bundesgesetzgebung über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer* obliegt der Ständekommission.

Standes-
kommission

²Sie erlässt weitere ergänzende Vorschriften, soweit nicht eine andere Behörde hierzu zuständig ist.

Art. 2

Für den Vollzug der Bundesgesetzgebung über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer ist das Justiz-, Polizei- und Militärdepartement (nachfolgend Departement genannt) zuständig.

Departement

Art. 3

¹Zuständige kantonale Behörde gemäss Art. 15 des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) ist das Amt für Ausländerfragen.

Amt für Auslän-
derfragen

²Sie erledigt alle fremdenpolizeilichen Aufgaben (inkl. Anordnung der Zwangsmassnahmen), die keiner andern Behörde übertragen sind.

³Es kann die Hilfe der Kantonspolizei in Anspruch nehmen, namentlich beim Vollzug der Zwangsmassnahmen.

¹ Mit Revision vom 23. Juni 2003 und 20. November 2006.

² Ingress abgeändert durch GrRB vom 23. Juni 2003.

* Der Verwendung der männlichen Bezeichnungen gilt sinngemäss für beide Geschlechter.

Art. 4

Einzelrichter Richterliche Behörde im Sinne des Bundesgesetzes über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht ist der Einzelrichter gemäss Art. 7 Abs. 2 der kantonalen Strafprozessordnung. Er wendet dabei die Grundsätze der kantonalen Strafprozessordnung an.

II. Ergänzende Bestimmungen

Art. 5

Sicherheitsleistung Das Amt für Ausländerfragen kann von Personen ohne anerkannte und gültige Ausweispapiere Sicherheit für die öffentlich-rechtlichen Ansprüche und für die Erfüllung auferlegter Bedingungen verlangen.

Art. 6

Meldepflicht Die Meldefrist für Orts- und Wohnungswechsel innerhalb des Kantons beträgt 8 Tage.

Art. 7

Meldepflicht der Behörden Die Kantonspolizei, Verwaltungs- und Gerichtsbehörden sind verpflichtet, Entscheide, Urteile und sämtliche Tatsachen dem kantonalen Amt für Ausländerfragen mitzuteilen, nach denen die Anwesenheit einer ausländischen Person als unerwünscht erscheint oder den fremdenpolizeilichen Vorschriften zuwiderläuft.

Art. 8

Gebühren Die Gebühren richten sich nach den bundesrechtlichen Vorschriften sowie nach der Verordnung betreffend die Gebühren der kantonalen Verwaltung und der Rechtspflege.

III. Rechtspflege

Art. 9¹

Strafverfolgung/
Verzeigung ¹Widerhandlungen gegen Vorschriften dieser Verordnung, weiterer gestützt auf diese erlassener Bestimmungen sowie gegen die gestützt auf dieselben erlassenen Verfügungen werden mit Busse bestraft.

²Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen des Bundes, insbesondere Art. 23 und 23a ANAG.

¹ Abgeändert Abs. 1 durch GrRB vom 20. November 2006 (Inkrafttreten: 1. Januar 2007).

³Die Strafverfolgung richtet sich nach den Bestimmungen der kantonalen Strafprozessordnung.

⁴Zur Beurteilung von geringfügigen Widerhandlungen gemäss Art. 23 Abs. 6 ANAG ist das Amt für Ausländerfragen zuständig. Es kann Bussen-Entscheide bis Fr. 2000.- und gebührenpflichtige Verwarnungen aussprechen.

Art. 10¹

IV. Schlussbestimmung

Art. 11²

Art. 12

Diese Verordnung tritt nach Annahme durch den Grossen Rat in Kraft. ³

Inkrafttreten

¹ Aufgehoben durch GrRB vom 23. Juni 2003.

² Aufgehoben durch GrRB vom 23. Juni 2003.

³ Abschnitt V aufgehoben durch GrRB vom 23. Juni 2003.